

derverwendeten Spritzen unter Drogenabhängigen. 70% der Fälle werden so verursacht. Etwa 10% der Fälle sind auf homo- oder heterosexuellen Verkehr zurückzuführen, ein etwas kleinerer Prozentsatz auf Mutter-Kind-Übertragung. Vor einigen Jahren wurden rund 40% der HIV-Infektionen durch verunreinigte Nadeln beim Blutspenden und entsprechend durch Blutkonserven verursacht. Angeblich soll dieser hohe Anteil mittlerweile auf 4-6% zurückgegangen sein (vgl. AWSJ, 26.6.01), doch ist unwahrscheinlich, dass man das Problem des illegalen Handels mit infiziertem Blut in den Griff bekommen hat. In ländlichen Gebieten sind die Menschen vielfach aus finanzieller Not auf Blutspenden angewiesen, ohne dass sie etwas von den damit verbundenen Gefahren ahnen.

Auf der AIDS-Konferenz standen als wichtigste Themen Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung des HIV, Behandlung und Umgang mit der Krankheit, Kooperation der Behörden untereinander, Beteiligung von NGOs, medizinische Forschung, Kontrolle und Überwachung der Krankheit, Erziehung und Aufklärung auf der Tagesordnung. Diskutiert wurde auch über die Umsetzung des im September 2001 von der Regierung verabschiedeten „Aktionsplans zur Eindämmung und Kontrolle von AIDS für die Planperiode 2001-2005“ (engl. Übers. veröff. von BBC PF, 14.9.01). In dem Plan ist vorgesehen, die jährliche Steigerungsrate der HIV-infizierten Menschen bis zum Jahr 2005 auf unter 10% zu senken. Der Direktor des AIDS-Programms der Vereinten Nationen, der an der Konferenz teilnahm, bestätigte, dass der Aktionsplan sehr gut sei. Jetzt komme es auf die Umsetzung an. China befinde sich am Scheideweg: Es könne gelingen, eine Epidemie zu verhindern, oder die letzte Chance werde vertan, wenn man jetzt nicht handle.

An der Entschlossenheit der Regierung, den Kampf gegen AIDS aufzunehmen, kann kein Zweifel bestehen, das Problem besteht jedoch wie auf vielen anderen Gebieten in der Umsetzung der Pläne, Regelungen und gesetzlichen Bestimmungen. In den letzten Jahren hat sich in China jedoch in Bezug auf Aufklärung, auch in Bezug auf Blutkontrolle viel zum Posi-

tiven gewandelt. Das Thema ist nicht mehr tabu, auch die Medien nehmen sich der Thematik immer mehr an. Da sich China die teuren AIDS-Medikamente nicht leisten kann, sind spezielle Forschungsprogramme zur Entwicklung eigener Medikamente aufgelegt worden. Angeblich soll ein Impfstoff entdeckt worden sein, der kurz vor der klinischen Erprobung steht. (Vgl. XNA, 27.10.01; 14., 15., 17. u. 30.11.01) -st-

### 19 Projekt zur Wasserumleitung von Süd nach Nord

Wie der Minister für Wasserressourcen kürzlich bekannt gab, sind die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt der Umleitung von Wasser aus dem Süden in den Norden des Landes weitgehend abgeschlossen und die technischen Voraussetzungen für die Durchführung gegeben. Das Projekt, über das seit 1958 diskutiert wird, hat zum Ziel, Wasser aus dem Yangzi in den Norden abzuzweigen, um dem dortigen Wassermangel abzuwehren und die Versorgung der Landwirtschaft und Industrie mit Wasser sicherzustellen. Jetzt wurde bekannt, dass mit den Bauarbeiten im Jahr 2002 begonnen werden soll. Geplant sind drei Umleitungsrouten, die nach vierzigjähriger Untersuchung und Analyse nunmehr feststehen. Demnach wird das Wasser an drei Plätzen am Yangzi abgezweigt und über drei Routen verlaufen: eine östliche vom unteren Yangzi, eine mittlere vom Mittellauf und eine westliche vom Oberlauf des Yangzi. Für jede Route sind drei Bauphasen vorgesehen. Bis zum Jahr 2010 sollen die erste und zweite Bauphase der Ostroute und die erste Bauphase der mittleren Route abgeschlossen sein. Hierfür werden Kosten von 180 Mrd. Yuan veranschlagt. Der Bau der schwierigsten und längsten Route, der Westroute, wird über 300 Mrd. Yuan kosten.

Das Projekt ist nicht nur wichtig, um dem akuten Wassermangel im Norden abzuwehren, sondern auch für die Verbesserung des Ökosystems und zur Förderung des staatlichen Programms „Aufbau West“. Mit dem Bau gehen Spezialpläne für Wasserschutz, Wasserverschmutzung und Umweltschutz einher. Bis 2010 will der Staat zusätzlich 42,6 Mrd. Yuan in die Bewässerungssysteme sowie in Ausrüs-

tung für Unternehmen zum Wassersparen investieren. Es wird damit gerechnet, dass in den Gebieten der Ost- und der Mittelroute pro Jahr 4,1 Mrd. qm Wasser eingespart werden können. Die Kontrolle der Wasserverschmutzung ist besonders an der Ostroute wichtig. Das abgeleitete Wasser soll dort die Qualitätsstufe Klasse III erreichen. Entlang der Route sollen 102 Klärwerke gebaut werden. Weitere Probleme sind Vorkehrungen gegen das Eindringen von Salzwasser aus dem Mündungsgebiet des Yangzi, der ökologische Schutz der Nebenflüsse des Yangzi, insbesondere des Han, sowie das unbeeinträchtigte Funktionieren des Wassertransports. (Vgl. XNA, 15.11.01) -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 20 Mitgliedsländer stimmen Aufnahme Chinas auf 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha zu

Am Abend des 10. November stimmten die WTO-Mitgliedsstaaten auf der 4. Ministerkonferenz in Doha dem Aufnahmeantrag Chinas zu. Am Tag darauf fand die Unterzeichnungszereemonie des Aufnahmeprotokolls statt, bei der u.a. die chinesische Delegation, der WTO-Generalsekretär Mike Moore und der Finanzminister des Golfstaates Katar anwesend waren. Der letzte Schritt zur Mitgliedschaft ist die Ratifizierung durch das chinesische Parlament, dem Nationalen Volkskongress, innerhalb von 30 Tagen. (AWSJ, 10.11.01; BBC PF, 11.11.01)

In seiner Ansprache auf der Ministerkonferenz wies der chinesische Delegationsleiter, Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng, darauf hin, dass der Beitritt zur WTO und die Beteiligung am multilateralen Handelssystem eine strategische Entscheidung der chinesischen Führung unter den Bedingungen einer beschleunigten Globalisierung gewesen sei. Shi hob in seiner Rede hervor, dass China die Regeln beachten und seinen Verpflichtungen nachkommen sowie eine aktive und konstruktive Rolle im multilateralen Handelssystem spielen werde. Shi betonte, dass die Aufnahmeverhandlungen

gen in das multilaterale Handelssystem in den letzten 15 Jahren eng mit dem Prozess der Reform und Öffnung Chinas verknüpft gewesen sei. Aus diesen Erfahrungen habe China drei wesentliche Schlussfolgerungen gezogen:

1. Nur durch eine positive Einstellung zur Beteiligung am multilateralen Handelssystem könnten Länder besser von den Vorteilen der wirtschaftlichen Globalisierung profitieren.
2. Länder könnten im Verlauf der wirtschaftlichen Globalisierung nur durch den Aufbau eines Wirtschafts- und Handelsregimes, das an internationale Praktiken und an die spezielle Situation des Landes angepasst ist, die Nachteile der Globalisierung vermeiden und ihre wirtschaftliche Sicherheit bewahren.
3. Das multilaterale Handelssystem werde nur seine Vitalität bewahren, indem es sich an die Entwicklungen und Veränderungen der Weltwirtschaft anpasse und die Interessen und Bedürfnisse aller Mitgliedsstaaten, einschließlich der Entwicklungsländer, vertrete.

Shi Guangsheng kündigte in seiner Rede an, dass die chinesische Regierung die neue Runde der multilateralen WTO-Verhandlungen unterstütze, bei der auch die „vernünftigen“ Interessen und Anforderungen der Entwicklungsländer berücksichtigt werden müssten. (XNA, 12.11.01)

In einem Interview Anfang November antwortete der langjährige Delegationsleiter der chinesischen Seite, Long Yongtu, auf Fragen nach den wichtigsten Faktoren, die zu einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen geführt haben. Long zufolge sei der Abschluss Ergebnis der Anstrengungen beider Seiten (China und WTO) gewesen. Die Ministerien in China, die für die Verwaltung der Wirtschaft zuständig seien, hätten schrittweise eine gemeinsame Position dazu gefunden, dass durch einen offenen Markt und die Einführung von Wettbewerb besser die inländische Wirtschaftsentwicklung vorangebracht werden könnte. Dies treffe beispielsweise auf die Öffnung des Dienstleistungssektors zu, denn ohne moderne Dienstleistungen könne die Wirtschaft nicht modernisiert werden. Weiterhin wies Long da-

rauf hin, dass die Entspannung der politischen Beziehungen zwischen den USA und China die WTO-Verhandlungen mit den USA erleichtert hätten, die lange Zeit in der jährlichen Diskussion über die MFN-Vergabe auch den US-Kongress einbezogen hatten und sehr politisiert gewesen waren.

Long beantwortete auch Fragen, ob in China ein Widerstand gegen die Zielvorstellung Longs bestehe, Teil der Weltwirtschaft zu werden. Unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung, so Long, existiere der Trend für China, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Ohne diese Integration könne der Wandel Chinas in eine wichtige Wirtschaftsmacht nicht gelingen, sondern China würde ausgeschlossen werden und sich der Gefahr der „Isolierung“ gegenübersehen. (FBIS-CHI-2001-1109)

Die Folgen des WTO-Beitritts für die Mitgliedsländer werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Nach Aussagen von Shi Guangsheng werden die ostasiatischen Nachbarländer zuerst von Chinas Beitritt profitieren. Als Ursache nannte Shi die geographische Nähe und die besonderen kulturellen Verbindungen dieser Länder zu China. Shi erwartet eine engere Zusammenarbeit zwischen China und seinen asiatischen Nachbarn im Rahmen der regionalen Arbeitsteilung. Weiterhin werde Chinas Mitgliedschaft in der WTO die Ungleichgewichte zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern bei der Formulierung und Koordinierung der Regeln für den internationalen Handel reduzieren. (*The Straits Times*, 31.10.01)

Nach Einschätzung von Ökonomen bei Merrill Lynch, werden vor allem die nordasiatischen multinationalen Unternehmen vom WTO-Beitritt Chinas Vorteile haben. Sie stellten Produkte her, die in China sehr gefragt seien. Zu diesen Unternehmen zählten Hersteller von Telekommunikationsausrüstungen, petrochemische Unternehmen, Kfz-Teile-Hersteller sowie Finanzdienstleister. Dagegen werden die südostasiatischen Länder zumindest zunächst Nachteile von Chinas Mitgliedschaft in der WTO haben. Während ihre Ausfuhren nach China nur in beschränktem Maße zunehmen werden, müssten sie bei ihren Exporten in

Drittländer mit schärferer Konkurrenz aus China rechnen.

Ein Beispiel ist das koreanische Unternehmen Samsung Electronics, das mit einem Anstieg seiner Verkäufe von Elektronik nach China um 20% in den nächsten Jahren ausgeht. Vor diesem Hintergrund drängt Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. ebenfalls auf den chinesischen Markt. Der WTO-Beitritt wird auch mit Vorteilen für Hongkong verbunden sein. Neben einem Anstieg des Außenhandels mit China (um 4-6% innerhalb der kommenden vier Jahre) wird Hongkong von der steigenden Nachfrage europäischer und US-Unternehmen, die in China investieren werden, nach Dienstleistungen im Bereich Rechtsberatung, Finanzen und Rechnungslegung profitieren.

Einige westliche Analysten sehen dagegen die Gefahr, dass eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und seinen Nachbarn eine Deflation erzeugen könnte. Nach Einschätzung von Graham Parry, Ökonom bei Lehman Brothers in Tokyo, würden bereits heute die niedrigen Preise chinesischer Exportprodukte wie Fernsehgeräte, Textilien oder DVDs das Preisniveau in der Region sinken lassen. Die Situation werde sich nach dem WTO-Beitritt noch verschärfen und Handelskonflikte mit Dumpingvorwürfen und einer Destabilisierung der Wechselkurse mitschleppen. Allerdings sei nicht allein China für die fallenden Preise in der asiatischen Region verantwortlich, so Parry. Der Abbau von hohen Lagerbeständen sei vor allem in Südkorea und Malaysia notwendig – Folge des Investitionsbooms vor 1997 und anschließender Produktionsüberkapazitäten. (AWSJ, 20.11.01) -schü-

## 21 Ausländische Unternehmen sollen „Inländerbehandlung“ erfahren – zuerst bei der Besteuerung

Im November tauchte die bereits mehrfach angekündigte Gleichstellung der Besteuerung ausländischer mit chinesischen Unternehmen wieder in der Presse auf. Die Vereinheitlichung des Steuersatzes, so ein Bericht des Sprachorgans der Regierung in Beijing, der *China Daily*, solle nach dem

formalen Beitritt am 11. Dezember dieses Jahres (einen Monat nach Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls) erfolgen.

Das chinesische Finanzministerium nahm zu dieser Meldung Stellung, indem es auf die Steuerunterschiede zwischen ausländischen und inländischen Unternehmen bei der Besteuerung hinwies. Nicht nur offene Märkte, sondern ein faires Steuerumfeld für alle Unternehmen sei nunmehr notwendig, so Vertreter des Finanzministeriums.

Während die inländischen Steuersätze im Durchschnitt bei 33%, aufgrund vieler Ausnahmen und Erleichterungen jedoch oft nur zwischen 17 und 28% liegen, beträgt der Steuersatz der ausländischen Unternehmen 17%. Durch Vergünstigungen in den vielen Sonderzonen zahlen diese Unternehmen allerdings im Durchschnitt lediglich 12%. Dort sind sie auch für zwei Jahre von der Steuerzahlung befreit und zahlen dann in den kommenden drei Jahren nur 50% des geltenden Steuersatzes.

Wann mit einer Vereinheitlichung des Steuersatzes gerechnet werden muss, ist noch nicht klar, da die Regierung keine Termine gesetzt hat. Nach Einschätzung von westlichen Analysten wird das Steuergesetz (Consolidated Income Tax Law) nicht vor dem Jahre 2003 in Kraft treten, u.a. weil das Gesetz erst vom Nationalen Volkskongress verabschiedet werden muss. Weiterhin wird eine Senkung des Steuersatzes für inländische Unternehmen zu einem Ausfall an Steuereinnahmen führen, sodass auch aus diesem Grunde mit einer schnellen Einführung niedriger Steuersätze nicht gerechnet wird. Obwohl die Steuerzahlungen ausländischer Unternehmen im letzten Jahr um 41% gestiegen waren und rd. 28 Mrd. US\$ betragen, belief sich ihr Anteil erst auf 18,3% der gesamten Steuereinnahmen. (FAZ, 21.11.01; HB, 20.11.01) -schü-

## 22 Landesweite Kampagne gegen Verletzung des Copyrights

Ende November kündigte die State Administration of Quality Supervision, Inspection and Quarantine (SAQSIQ) an, dass sie eine landes-

weite Kampagne zur Bekämpfung der Copyright-Verletzungen durchführen werde. Die Kampagne soll 100 Tage dauern und bis Februar nächsten Jahres gehen.

Die Kampagne soll sich auf das Aufspüren von Produkten schlechter Qualität und auf Produktfälschungen konzentrieren und ebenfalls Baumwollprodukte einbeziehen, die gesundheitlich gefährdend sind. Auch die Kontrolle über die Produktion von gefälschten Handelsmarken und Verpackungen, illegalen Raffinerien, sowie von Produktfälschungen und schlechter Produktqualität bei Stahlträgern, Zigaretten und Kosmetik soll verschärft werden.

Einem Sprecher der SAQSIQ zufolge hat die Organisation seit ihrer Gründung im April d.J. ihren Druck auf die Aufdeckung von Copyright-Verletzungen verstärkt. So sollen seitdem 10.344 illegale Fabriken entdeckt worden und Produktfälschungen und Produkte mit schlechter Qualität im Werte von 2,23 Mrd. Yuan sichergestellt worden sein. (XNA, 20.11.01)

Nach wie vor ist die Produktfälschung ein verbreitetes Problem. Neben Fälschungen von Markenprodukten in der Konsumgüterindustrie und im technischen Bereich, sind vor allem Musik-, Video- und Software-Produkte von Copyright-Verletzungen betroffen. Wie effizient die Produktpiraten agieren, wurde gerade im November d.J. deutlich, als illegale Raubkopien des ersten Harry Potter-Filmes in Beijing sowie in Kuala Lumpur erschienen. (IHT, 20.11.01)

Dass gewisse Fortschritte im Bereich des Schutzes von geistigen Eigentumsrechten gemacht wurden, zeigt die Rechtsprechung in einem Fall der Nutzung von domain-Namen bekannter multinationaler Unternehmen. So urteilte ein Beijinger Gericht zwei chinesische Unternehmen, die Registrierung von domain-Namen wie kfc.com.cn (normalerweise für Kentucky Fried Chicken), ups.com.cn (United Parcel Service), etc. aufzuheben. Als Begründung für das Urteil gab das Beijinger Gericht an, dass domain-Namen dieselbe Identifikationsfunktion erfüllten wie Handelsmarken. (XNA, 15.11.01) -schü-

## 23 Taiwan baut Hemmnisse für Festlandsinvestitionen ab

Anfang November wurde ein Gesetz vom Parlament in Taiwan verabschiedet, das die Beschränkung von Einzelinvestitionen in Höhe von 50 Mio. US\$ aufhebt. Weiterhin beschloss die taiwanische Regierung im November, eine Vereinfachung bei der Überprüfung von Investitionen mit einem Volumen unter 20 Mio. US\$ einzuführen. Auch die Restriktionen über die gesamte Höhe von Investitionen eines taiwanischen Unternehmens auf dem Festland sollen gelockert werden. Außerdem gab die Regierung bekannt, dass direkte Bankgeschäfte zwischen Taiwan und Festlandchina erlaubt würden. Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi kündigte an, dass die Regierung eine Kommission bilden werde, die sich mit der Frage beschäftigen wird, welche taiwanischen Industriezweige bei Investitionen auf dem Festland noch beschränkt werden sollen.

Die Veränderungen sind Teil einer Liste von Vorschlägen, die dem Präsidenten Chen Shui-bian von einer Gruppe von Wirtschaftsratgebern vorgelegt wurde. Diese Vorschläge wurden in den letzten Monaten in praktische Wirtschaftspolitik umgesetzt. An die Stelle der bisherigen Politik der „Geduld vor Hast“ bei Investitionen auf dem Festland steht nun eine Politik mit der Losung „aktive Öffnung und wirksames Management.“

Allerdings sind diese neuen Ansätze in der Politik gegenüber Festlandchina umstritten. Befürworter weisen darauf hin, dass diese Politik den Unternehmen in Taiwan erlaube, wettbewerbsfähiger zu werden und die verhärteten bilateralen Beziehungen aufzutauen. So haben sich taiwanische Unternehmen darüber beklagt, dass sie unter den Rahmenbedingungen der zunehmenden Globalisierung von Handel und Investitionen durch die Investitionshemmnisse gegenüber Festlandchina in ihrer Expansion behindert werden. Kritiker dagegen weisen auf die Gefahr hin, dass Taiwan wirtschaftlich von China abhängig werde, das noch immer mit einem militärischen Angriff drohe. (AWSJ, 7.11.01; NZZ, 9.11.01)

Nach dem WTO-Beitritt Taiwans, der direkt im Anschluss an die Aufnahme der VR China erfolgte, wird auch mit

einem weiteren Anstieg der bilateralen Handelsbeziehungen gerechnet. Im August d.J. hat nach offiziellen Angaben des taiwanesischen Board of Foreign Trade das Volumen der Exporte nach China eine Höhe von 2,03 Mrd. US\$ bzw. einen Anteil am Gesamtexport von 21,5% erreicht. Noch 1991 lag dieser Anteil bei 9,1%. (BBC EF, 31.10.01) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 24 Diskussion über Auswirkungen des WTO-Beitritts

Die Abstimmung der WTO-Mitgliedsstaaten über Chinas Aufnahme während der 4. Ministerkonferenz in Doha fand in China und Hongkong, aber auch im Ausland ihr Echo in zahlreichen Interviews und Stellungnahmen. Dabei konzentrierten sich die Beiträge auf die Frage nach den voraussichtlichen Auswirkungen des Beitritts. Neben sehr positiven und teilweise wohl zu optimistischen Erwartungen, wurden vor allem Befürchtungen hinsichtlich einer Zunahme der Arbeitslosigkeit geäußert.

So berichtet die Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She in Hongkong, dass Experten mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren nach dem WTO-Beitritt rechnen. Andererseits werde diese jedoch durch eine deutliche Zunahme neuer Arbeitsplätze kompensiert werden. Der Bericht geht von positiven mittelfristigen Entwicklungen für den Arbeitsmarkt aus.

Obwohl angenommen werden könne, dass die WTO-Mitgliedschaft das Wirtschaftswachstum um jährlich 3 Prozent erhöhen und neue Arbeitsplätze für rd. 12 Mio. Menschen schaffe, sei nach Ansicht von Experten auch mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren zu rechnen. Die Berechnungen des Wachstums basieren auf einem Zustrom von Auslandskapital von rd. 100 Mrd. US\$ pro Jahr bis zum Jahr 2005. Hierdurch werde zusätzliches Wachstum von 3% geschaffen, das sich wiederum in der Zunahme der Beschäftigung niederschlagen werde. Die po-

sitive Beschäftigungswirkung wird auf die Ausweitung der Exporte von arbeitsintensiven Produkten, insbesondere Textilien, Bekleidung, Nahrungsmittel, Lederprodukte, Bausektor etc. zurückgeführt. Die Ausweitung der Textilquoten für China könne jährlich 25-27% betragen. Vorausgesagt wird eine Zunahme der Beschäftigung in der Textilindustrie um 2,82 Mio. Arbeitskräfte, in der Bekleidungsindustrie um 2,61 Mio. Arbeitskräfte, in der Nahrungsmittelindustrie um 170.000 und in der Bauindustrie um rd. 930.000 Arbeitskräfte.

Der Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen werde, dem o.g. Bericht zu folge, die Bedeutung Chinas als Basis der weiterverarbeitenden Industrie enorm erhöhen, vergleichbar mit der Japans in den 70er und 80er Jahren und der Bedeutung der USA nach dem 2. Weltkrieg. Die damit verbundene positive Entwicklung der Beschäftigung werde durch die Expansion des Dienstleistungssektors gestärkt. Erwartet wird, das im Dienstleistungssektor zusätzlich rd. 2,6 Mio. Arbeitsplätze innerhalb von sieben Jahren nach dem Beitritt geschaffen werden.

Neben diesen positiven Beschäftigungseffekten sieht der Bericht die Gefahr, dass durch die Anpassung und Verbesserung der Industriestruktur in Form von Fusionen, Schließungen und Konkursen auch Arbeitskräfte freigesetzt werden. Dies gelte vor allem für die Metallurgie, Kfz-Industrie, Maschinenbau, Verarbeitung von Getreide und Speiseöl sowie für elektronische Kommunikationsausrüstungen. Experten erwarten, dass die meisten Entlassungen innerhalb der ersten sieben Jahren nach dem WTO-Beitritt vor allem die Beschäftigung in den Branchen Kfz-Industrie (Rückgang der Beschäftigung um 500.000), Maschinenbau (-300.000), Verarbeitung von Getreide und Speiseöl (-130.000), elektronische Kommunikationsausrüstungen (-110.000), elektrische Maschinen und Instrumente (-170.000) negativ beeinflussen werde. Aufgrund des erwarteten Anstiegs der friktionellen Arbeitslosigkeit um 3-4 Mio. werde die Arbeitslosenquote voraussichtlich um 2 Prozent in den Städten steigen. (FBIS-CHI-2001-11-21)

Eine positive Einschätzung hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen vertritt auch der US-Ökonom Nichlos Larday. Der Beitritt zur WTO biete China die Chance zu einem der größten Hersteller von Elektronik, Halbleitern und Computer-Hardware zu werden. Die Ausweitung der Textilexporte könne Lardy zufolge zusätzlich fünf Mio. neue Arbeitsplätze schaffen. Schwierig dagegen werde die Reform des Finanzsektors, die anderen Umstrukturierungen noch hinterherhinke. (NfA, 7.11.01)

Auch Wang Lei, ehemaliger Direktor der WTO-Abteilung beim MOFTEC und Mitglied der chinesischen WTO-Verhandlungsdelegation, geht davon aus, dass nach dem Beitritt die ausländischen Direktinvestitionen deutlich steigen werden. Während einer Konferenz Anfang November in Beijing wies Wang darauf hin, dass sich die Transparenz der rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und die Vorhersehbarkeit der Marktentwicklung erhöhen werde. Hierdurch werde das Vertrauen der Investoren gestärkt. (BBC EF, 10.11.01)

Nach Einschätzung des Wissenschaftlers Yi Xianrong von der Chinese Academy of Social Sciences, werden die Auswirkungen des WTO-Beitritts auf die Landwirtschaft weniger negativ ausfallen als allgemein angenommen. Bei einer dynamischen Betrachtung würden sich viele Probleme anders darstellen. Zwar sei es richtig, dass die Einkommen der chinesischen Bauern sehr niedrig und die chinesischen Agrarprodukte wenig wettbewerbsfähig seien. Auch verlaufe der Urbanisierungsprozess nur sehr langsam. Diese Probleme sind Yi zufolge jedoch vor allem eine Folge der Diskriminierung der Bauern durch die staatliche Politik, insbesondere hinsichtlich der Restriktionen gegenüber der Arbeitsmobilität der Bauern. Auch zukünftig könne damit gerechnet werden, dass viele Bauern auf dem Lande leben und arbeiten wollten. Um die kostengünstigen Produktionsbedingungen zu nutzen, müsste eine Konzentration auf arbeitsintensive Produktion wie Früchte, Gemüse und Frischblumen mit einer höheren Wertschöpfung erfolgen. Der Wettbewerb in Agrarbereich mit Konkurrenten, die über weit mehr Anbauflächen, Technologie und Kapital verfüg-